

1949-02-12

„Die Union“

Klarheit!

Die SED-Parteikonferenz in Berlin ist abgeschlossen. Es liegt auf der Hand, dass ihre Beratungen, da es sich um die größte Partei der Ostzone handelt, von großer Bedeutung für die Entwicklung der Politik und Wirtschaft in unserem Raume waren. Der Ernst der Zeit macht es zur Pflicht, objektiv und positiv zu den Ergebnissen Stellung zu nehmen, ohne dass wir in den nahe liegenden Fehler verfallen, parteiegoistisch nun aus allen Reden das herauszusuchen und säuberlich zu sortieren, was uns gefallen oder nicht gefallen hat. Dass die SED eine marxistisch-leninistische Partei ist, dass sie in der Verwirklichung dieses Programms ihr letztes Ziel sieht, war vorher schon bekannt, wurde auf der Konferenz neu bestätigt und ist ebenso ihr gutes Recht, wie die CDU das gleiche Recht für ihre Vorstellungen eines christlichen Staats- und Wirtschaftsbildes in Anspruch nimmt. In diesem Sinne hat die Konferenz die Entwicklung zu einer „Partei neuen Typhus“ wiederholt erneut betont und klar die diesbezüglichen Absichten herausgestellt. Es darf aber doch nicht übersehen werden, dass der Ton der Reden und der konkrete Inhalt der nächsten Pläne in vielem anders, konzilianter klang als in den Monaten vorher. Man kann das aus allen drei großen Referaten herausspüren, die Pieck, Ulbricht und Grotewohl gehalten haben; sie bestätigen damit, was das Presseinterview Wilhelm Piecks vom 28. Dezember 1948 und die grundlegenden Erklärungen Fechners über die „Festlegung der Rechtsordnung“ vom 15. Januar 1949 besagten.

Unsere Frage nach der „Rangordnung“ der Parteien und unsere Forderung nach einem ehrlichen Mit- und Nebeneinander statt Hintereinander hat Pieck am ersten Tage der Konferenz dahin beantwortet: „Wir beanspruchen in diesem Kampfe (NB. für die deutsche Einheit) gegenüber den anderen antifaschistisch-demokratischen Kräften keine Sonderstellung und keine Vorrechte, sondern wir wollen völlig gleichberechtigt mit ihnen den Kampf für die große Sache vorwärts treiben und zum Siege führen.“ Und Grotewohl versicherte am letzten Tage: „Wenn Pfarrer Ludwig Kirsch im Organ der CDU schreibt, dass er mit dem marxistischen Kameraden nebeneinander, aber nicht hintereinander gehen will, so entspricht das unserer eigenen Auffassung. Wir haben nicht gern etwas im Rücken, auch nicht einmal die CDU. Auch wir wollen, dass die fortschrittlichen Elemente unseres Volkes nebeneinander gehend die großen Aufgaben unserer Zeit lösen.“ Derselbe äußerte sich durchaus positiv zur Entschließung des Hauptvorstandes der CDU vom 3. Dezember 1948 und zu unseren wiederholten Erklärungen über den Sozialismus aus christlicher Verantwortung, die er als wichtige Beiträge zur Stärkung der Blockpolitik und zur Überwindung mancher in ihr aufgetretenen Schwierigkeiten bezeichnete.

Von ganz besonderem Interesse für uns waren die Ausführungen Grotewohls zur Frage der Volksdemokratie. „In ganz Deutschland kann die Errichtung einer Volksdemokratie erst dann erreicht werden, wenn (genau wie in den andern volksdemokratischen Ländern) der nationale Kampf vorher siegreich erfüllt und eine geeinte marxistisch-leninistische Partei vorhanden ist, die im Bündnis mit den

Bauern und der Intelligenz steht. In der Ostzone kann die deutsche Arbeiterklasse im Unterschied von den volksdemokratischen Ländern eine solche Herrschaft nicht ausüben, weil die Mehrheit der Arbeiterklasse noch nicht kampffest geschlossen hinter der SED steht und das Bündnis mit den werktätigen Bauern und den übrigen schaffenden Schichten des Volkes nicht genügend ausgebaut und gefestigt ist....Es kann daher auch nicht unmittelbar zum Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung übergegangen werden. Es steht heute weder die Frage der Nationalisierung von Grund und Boden noch die Frage der Beseitigung des kapitalistischen Eigentums auf der Tagesordnung.....Wir haben aber auch keine bürgerlich-kapitalistische Demokratie mehr.“ Und daraus schlussfolgert Grotewohl eindeutig und klar: „Die Diskussion von einem unmittelbar bevorstehenden Übergang zur Volksdemokratie halten wir für falsch und schädlich, weil sie die Partei desorganisiert und die Möglichkeiten verbaut für die Lösung der praktischen Aufgaben der nächsten Zukunft....Gespräche dieser Art stören im Augenblick lediglich die Zusammenfassung der werktätigen Bevölkerung innerhalb der Massenorganisationen, hindern ihre Mobilisierung unter der Führung der Partei und beschwören die Lösung der Partei von den Massen herauf. Die Partei darf niemals und unter keinen Umständen losgelöst von den Massen, wie das „Fähnlein der sieben Aufrechten“, weit voraus marschieren“. – Wir überhören natürlich nicht hierbei und bei anderen Ausführungen der Parteikonferenz die einschränkenden Worte „im Augenblick, in diesem Zeitpunkt noch nicht“ usw.: wir sind uns über das Endziel der SED völlig klar. Aber wir sehen es als einen Gewinn und Fortschritt für die Klärung der innerpolitischen Lage an, wenn in dieser Stunde deutscher Not die Parolen der Parteiführung mäßigend ins Land hinausgehen, und wir möchten nur hoffen, dass ihre Zielsetzung in diesem Sinne bis in die kleinste Ortsgruppe und bis zum letzten Funktionär ihre Wirkung tut. Das kann ehrlicher Blockpolitik überall nur dienlich sein!

Unseren Freunden draußen aber empfehlen wir, durch ihre Haltung eine solche Festigung der Blockarbeit zu unterstützen und bei örtlichen Differenzen die auf der SED-Parteikonferenz zum Ausdruck gekommene Richtung dem Partner ins Gedächtnis zu rufen: Wo immer uns guter und ehrlicher Wille begegnet, da sollte das gleiche Echo unsererseits nicht fehlen! Und was die fernere Zukunft unserer staatlichen Entwicklung anbelangt, die CDU und SED gewiss sehr verschiedenartig sehen, so erwarten wir, dass alle politischen Kräftegruppen sich mit offenem Visier dem Votum des Volkes stellen werden, dass in geheimen Wahlen souverän darüber zu entscheiden hat, welcher Richtung es das Schwergewicht der Verantwortung anvertrauen will. Die revolutionäre Epoche seit 1945 muss bis zur untersten Verwaltungsstelle als abgeschlossen gelten. Gewalt darf nirgendmehr vor Recht gehen. Alle weitere Entwicklung muss im Zeichen gesetzmäßiger Ordnung stehen, so wie es dem Geiste des Verfassungsentwurfs des Deutschen Volksrates entspricht, zu dem sich die SED- Konferenz durch den Mund Grotewohls wiederum bekannte. – Niemand kann prophetisch in die Zukunft schauen; aber zumindest für die nächste Zeit ist innenpolitisch Klarheit zu schaffen, und wir wagen zu sagen: in gutem Sinne. Das notgequälte deutsche Volk kann davon nur Nutzen haben!